

Niederschrift

PBAR/002/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum der Stadt Rheine am 15.09.2021

Die heutige Sitzung des Planungs- und Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
----------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Thomas Schürmann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Uphaus	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger

Vertreter:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Herrn Manoharan Murali
----------------------	-----	---------------------------------------

Gäste:

Frau Ischner	Projektsteuerung agn
Herr Beßler	Ingenieurbüro ELPlan
Herr von Klonczynski	Architekturbüro Kresings

Verwaltung:

Frau Milena Schauer	Beigeordnete
Frau Elke Jaske	Fachbereichsleitung FB 5
Frau Cornelia Dietz	Mitarbeiterin der Verwaltung
Herr Jürgen Grimberg	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Mario Kaiser	Produktverantwortlicher Zentrale Gebäudewirtschaft
Frau Claudia Kurzinsky	Produktverantwortliche Neubau städt. Hochbauten
Herr Tim Reuter	Produktverantwortlicher Politische Gremien
Frau Elsbeth Wigger	Produktverantwortliche Stadtbibliothek
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Alexander Burmeister	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Manoharan Murali	SPD	Sachkundiger Bürger

Herr Dr. Konietzko eröffnet die heutige Sitzung des Planungs- und Baubegleitenden Ausschusses Rathauszentrum der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung am 30.06.2021

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

Frau Schauer erklärt zum Thema Rathauszentrum, dass dem Tagesordnungspunkt im Vorfeld ein Dokument mit Arbeitsaufträgen aus der letzten Sitzung, zur frühzeitigen Ansicht, angefügt worden sei. Weiter weist Frau Schauer darauf hin, dass Frau Wigger – Leiterin der Stadtbibliothek – ausgedruckte Exemplare vom Konzept der Stadtbibliothek und die Leitlinien für die Entwicklung öffentlicher Bibliotheken mitgebracht habe und diese gerne mitgenommen werden dürfen. Weiter berichtet Frau Schauer, dass man eine Kurzübersicht über die Bauzeiten und Baukosten in vereinfachter Form erstellt habe. Diese Übersicht könne dann immer aktualisiert und auf der Homepage veröffentlicht werden. Sie weist allerdings darauf hin, dass man nicht nach jeder kleinen Ausschreibung die Übersichten anpassen könne, sondern nach größeren Meilensteinen eine Anpassung vornehmen werde.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass ihnen eine kontinuierliche Anpassung der Daten wichtig sei.

Auch Herrn Jansen sei ein festes Aktualisierungsintervall sehr wichtig. Wichtig sei ihm auch, dass man sehen könne, wenn sich nichts oder nicht viel verändert habe. Dementsprechend könne dann auch der Bürger sehen, dass am Thema kontinuierlich gearbeitet und dementsprechend dokumentiert werde.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Helmer von der Lotto-Annahmestelle am Bus-Treff

Herr Helmer fragt an, an welcher Stelle er mit seiner Lotto-Annahmestelle bei der Planung berücksichtigt werde. Er weist darauf hin, dass er vor 1,5 – 2 Jahren um Auskunft gebeten habe und seitdem noch nichts wieder gehört habe. Er fragt, ob man den Laden wegrationalisieren möchte und was dann mit ihnen passieren werde.

Frau Schauer erklärt, dass es schon Gespräche mit der Zentralen-Gebäudewirtschaft und ihm gegeben habe, wo auch deutlich gemacht wurde, dass ein neuer Standort nicht eingeplant werden könne. Zum damaligen Zeitpunkt war noch nicht abschließend geklärt, ob die aktuellen Nutzungen im Rathauszentrum I bestehen bleiben. Jetzt könne sie sagen, dass sich keine Veränderung abzeichne und somit eine alternative Räumlichkeit für die Lotto-Annahmestelle nicht zur Verfügung stehe.

4. Eingaben - Kostenkalkulation Rathausmodernisierung

Frau Schauer erklärt, dass es eine Eingabe gebe, die sich kritisch mit der seitens der Verwaltung gestrichenen Sicherheitszulage beschäftigt. Frau Schauer weist darauf hin, dass man in der letzten Sitzung, aber auch in den Unterlagen, darauf hingewiesen habe, dass man im Dezember/Januar noch ungeklärte Fragen gehabt habe und bestimmte Prüfschritte noch vollzogen werden mussten. Deshalb sei die Sicherheitszulage aus eigenem Antrieb erst einmal mit veranschlagt worden. Nach der Prüfung konnte die Sicherheitszulage zum Teil in die 300/400 Kostengruppen (Gebäudetechnik/Bauwerke) mit einfließen, aber auch Anteile entfallen, da diese großzügig bemessen war. Frau Schauer erklärt, dass man, durch eine verbesserte Planung und den Verzicht auf Ausführungen, das Ziel von 65 Mio. Euro erreichen könne.

Herr Jansen erklärt, dass es immer noch Unwägbarkeiten bezüglich der Baukostensteigerungen gebe, die mit nur 4,3 % veranschlagt worden seien. Wenn man schon zu 50 % davon ausgehen könne, dass dies eintreffe, sei für ihn der Satz von 4,3 % definitiv zu wenig. Gleichzeitig stelle sich ihm die gleiche Frage in Bezug auf den Punkt Unvorhersehbares, welcher mit 5 % angesetzt sei. Er bitte um eine Aussage entweder jetzt oder unter Punkt 10 der Tagesordnung.

Herr Dr. Konietzko regt an, die Anfrage von Herrn Jansen unter Punkt 10 der Tagesordnung zu behandeln.

Eingabe nach § 24 GO NRW

Eingebracht in den Rat am 07.09.2021 – verwiesen an den Planungs- und Baubegleitenden Ausschuss Rathauszentrum

Kostenkalkulation - Rathausmodernisierung Anregung nach Paragraph 24 GO NRW

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann,

die Kostenfortschreibung der "agn" vom 09.06.2021, die dem begleitenden Ausschuss vorlag, scheint prüfungsrelevant zu sein.

So habe ich festgestellt, dass diese Kostenfortschreibung keine Sicherheitszulage (mehr) angeführt hat.

Würde die Sicherheitszulage berücksichtigt werden, alle anderen Parameter gleich bleiben, ergäbe sich aktuell ein Kostenrahmen von 72,6 Mio. Euro; also 1,6 Mio. Euro Mehrkosten statt die vom Rat in Beschlüssen geforderte Kostenreduzierung auf 65 Mio. Euro.

Insofern wurden anscheinend im baubegleitenden Ausschuss Beschlüsse auf fehlerhaften Annahmen gemacht.

Dieser Mangel ist zu klären!

Insofern rege ich daher nach Paragraph 24 GO NRW an, das örtliche Rechnungsprüfungsamt mit einer öffentlichen Sonderprüfung zur fehlenden Berücksichtigung der Sicherheitszulage bei der Kostenfortschreibung vom 09.06.2021 zu beauftragen.

Das öffentliche Prüfungsergebnis ist nach Vorprüfung im örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss dem baubegleitenden Ausschuss zur öffentlichen Erörterung zu unterbreiten.

Bis zur abschließenden Beschlussfassung dieser Sonderprüfung mit dem Stichwort "fehlende Sicherheitszulage bei der Kostenfortschreibung vom 09.06.2021" sind keine Beschlüsse des baubegleitenden Ausschusses auszuführen und bereits auf der Basis dieser Beschlüsse vorgenommenes Verwaltungshandeln ist zu widerrufen.

Grundlage: Grundsatzbeschluss des Rates zum Kostenrahmen und zur Kostendeckung in Höhe von 65 Mio. Euro

Mit freundlichen Grüßen

Frank Hemelt

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Sicherheitszulage wurde im Dez./Januar mit in die Kostenkalkulation aufgenommen, da bestimmte offene Fragen zu klären waren. Diese sind nun geklärt, so dass die Position entfallen konnte. Teilweise haben sich durch die Klärung der offenen Fragen die übrigen Kosten erhöht, teilweise konnten die Sicherheitszulagen entfallen, da die Klärung der offenen Fragen keine zusätzlichen Gelder erforderte.

Die übliche Position Zulage für Unvorhergesehenes ist nach wie vor enthalten.

Die Kostenaufstellung entspricht nun in Ihren Positionen und in ihrer Ausformung dem Standard der Entwurfsplanung.

**5. Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung
des Rathauszentrums (5942-005)
Vorstellung der Fortschreibung der Entwurfsplanung
Vorlage: 429/21**

Frau Schauer weist auf zwei Änderungen in der Entwurfsplanung hin. Zum einen, dass die geplanten Tiefgaragen nicht mehr miteinander verbunden seien. Die andere Änderung sei in der Entwurfsplanung und beziehe sich auf die „Toilette für alle“. Sie weist darauf hin, dass die Kosten im Budget von 65 Mio. Euro nicht enthalten seien. Sollte diese Änderung so gewollt sein, müsse die Zustimmung heute erfolgen. Sie bittet Herrn von Kloneczynski die Planung zu erläutern.

Herr von Kloneczynski erklärt, dass die „Toilette für alle“ am gleichen Ort, wo ursprünglich das WC von der Fa. Scholhölter geplant war, angesiedelt sei. Er erklärt den Unterschied zur ursprünglichen Planung.

Herr Jansen möchte wissen, ob diese Toilette dann für die Öffentlichkeit zugänglich sei.

Frau Schauer erklärt, dass es keine öffentliche Toilette geben werde, sondern nur eine Toilette, die mit einem sogenannten Euroschlüssel geöffnet werden könne. Aus ihrer Sicht sei dies nicht anders möglich, da Spezialeinrichtungen integriert werden sollen und die Reinigungsintervalle so mit 1 x täglich angesetzt werden können. Sie weist darauf hin, dass beim Betrieb einer öffentlichen WC-Anlage, die Reinigungs- und Kontrollintervalle stündlich erfolgen müssten.

Herr Brauer regt an, einen Deckenlifter anstatt eines Hublifters zu installieren.

Herr von Kloneczynski erklärt, dass es im Moment noch zu früh sei, dies zu entscheiden. Man müsse im weiteren Planungsverlauf sehen und entscheiden, wobei aber nichts gegen einen Deckenlifter sprechen würde.

Herr Hachmann teilt mit, dass die Mitglieder der CDU die WC-Anlage auch mit ihren Mehrkosten mittragen werden.

Herr Doerenkamp fragt, ob es Nachverhandlungen mit der Fa. Scholhölter bezüglich der Toilettenfläche gegeben habe, da sie ja jetzt öffentlich genutzt werde. In der letzten Sitzung wurde gesagt, dass sich die Toilette im Eigentum der Fa. Scholhölter befinde. Er sehe hier eine deutliche Reduzierung der Fläche und möchte wissen, ob eine Nachverhandlung erforderlich sei.

Frau Schauer erklärt, dass es sich hier um keine Eigentumsfläche handle und somit keine vertraglichen Verhandlungen nötig seien. Man werde die WC-Fläche der Fa. Scholhölter zur Verfügung stellen.

Herr Ortel erklärt, dass auch sie diese Toilette als notwendig ansehen. Er möchte wissen, wie hoch die Kosten hierfür geplant seien.

Frau Schauer erklärt, dass in der Vorlage für die WC-Anlage 83.300,00 Euro angesetzt wurden.

Beschluss:

Der Planungs- u. Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum nimmt die Planungsanpassung im Bereich der Tiefgarage zur Kenntnis. Diese wird Grundlage für die weiterführende Planung.

Der Planungs- u. Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum ändert den Beschluss vom 30.06.2021 dahingehend, dass die Integration einer öffentlichen „Toilette für alle“ mit Liegendeinrichtung im Rathauszentrum beschlossen wird. Der PBAR beauftragt die Verwaltung, diese Änderung in der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung
des Rathauszentrums (5942-005)
Vorstellung Zwischenstand der Ausführungsplanung
Vorlage: 430/21**

Herr von Klönczynski gibt ein Update für die Stadtbibliothek und stellt die Veränderungen in der Planung vor.

Herr Hachmann erklärt, dass die Bibliothek immer ein Frequenzbringer für den Bereich am Bus-Treff gewesen sei. Er sei begeistert über die Veränderungen mit dem neuen Treppenaufgang, wobei die Raumaufteilung viel besser und effizienter als sie vorher war, geplant sei.

Herr Ortel fragt, ob der Schulausschuss mit involviert sei.

Frau Schauer erklärt, dass dies nicht geplant sei, allerdings seien die betroffenen Bereiche verwaltungsmäßig beteiligt, wobei Herr Gausmann z. B. für beide Bereiche zuständig sei. Sie habe keine Probleme damit, dem Schulausschuss die Informationen zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Planungs- u. Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum beschließt den Zwischenstand der Ausführungsplanung der Bibliothek. Dieser wird Grundlage für die weiterführende Planung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme B5 - Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung des Rathauszentrums einschließlich neuem Multifunktionssaal und Stadtbibliothek (5942-005)
Antrag zur Prüfung, Innovative Leuchtmittel
Vorlage: 428/21**

Herr Schürmann erklärt als Antragsteller zu Beginn des Tagesordnungspunktes, dass er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen könne.

Herr Dr. Konietzko gibt das Wort an Herrn Beßler vom Büro ELplan, der Informationen zu den innovativen Leuchtmitteln gibt.

Herr Beßler erklärt, dass es sich hier um innovative Leuchtmittel von der Firma Aurora handle, mit denen Viren und Bakterien zerstört werden können und die sich zurzeit in der Testphase befinden. Weiter erläutert er die Verwendbar- und Verfügbarkeit des Leuchtmittels.

Herr Hachmann bittet um Auskünfte zum Arbeitsschutz und der Strahlenbelastung.

Herr Beßler erklärt, dass diese Art der Beleuchtung nicht gesundheitsschädlich sei und nur an die Grenzwerte herangehe. Er weist noch einmal darauf hin, dass das System noch nicht ausgereift sei und noch weiter entwickelt werden müsse.

Beschluss:

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Planungs- u. Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum nimmt die Anfrage zu den vorgestellten innovativen Leuchtmitteln zur Kenntnis. Im Rahmen der weiteren Ausführungsplanung wird abschließend geprüft, ob und in welchem Umfang dieses Leuchtmittel beim Projekt RHZ zum Einsatz kommen kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Interimslösung Stadtbibliothek
Vorlage: 419/21**

Frau Schauer gibt einen kurzen Ausblick auf die Vorlage. Sie erklärt, dass es bei der 1. Variante um die Schließung der Stadtbibliothek gehe, in der 2. Variante man ein fiktives Ladenlokal anmieten würde, wobei dann noch zusätzliche Mietobjekte für die Lagerung der Medien gesucht werden müsse. Bei der 3. Variante gehe es um die Anmietung des Toom-Baumarktes, wo Büroräume für die Mitarbeiterinnen schon zur Verfügung stünden und dort alles kompakt untergebracht werden könne. Frau Schauer erklärt, dass diese Variante der Favorit der Verwaltung sei, da man hier, auch in Bezug auf die Zeitplanung, flexibler reagieren könne. Zu den Kosten erklärt Frau Schauer, dass hierin nicht nur die Anmietungskosten enthalten seien, sondern auch Kosten für benötigte Trockenbauwände, Reinigungsarbeiten, den Bauzaun, Kosten für den Rückbau, aber auch die Verbrauchskosten, um die Varianten vergleichbar zu machen. Frau Schauer erklärt, dass man ein großzügiges Angebot des Vermieters vorliegen habe, wobei man sich natürlich an den Nebenkosten beteiligen müsse. Sie weist darauf hin, dass man die Ge-

samtkosten nicht weiter aufgeschlüsselt habe, damit man die Höhe des Angebotes nicht herauslesen könne.

Herr Ortel bittet um eine Aufschlüsselung der Kosten für die Variante 3 im nichtöffentlichen Teil der Niederschrift. Er erklärt, dass den Mitgliedern der UWG noch nicht klar sei, warum die Variante 2 nicht zum Tragen komme, die Variante 1 aber auch für sie nicht in Frage komme. Sie würden eine Innenstadtlage für die Übergangszeit bevorzugen.

Frau Schauer erklärt, dass man für die Variante 2 Ladenlokale mit dem Ergebnis angefragt habe, dass die Kosten teilweise im Durchschnitt wesentlich höher lagen. Sie erklärt, dass man keine ernsthaften Mietgespräche geführt habe, um keine Erwartungen zu wecken. Was die Erreichbarkeit der Stadtbibliothek betreffe, sei die Lage vom Toom-Baumarkt natürlich nicht so optimal wie eine Innenstadtlage. Allerdings können die öffentlichen Verkehrsmittel, die in regelmäßigen Abständen fahren, benutzt werden.

Herr Jansen erklärt, dass man die Lösung mit der Variante 3 begrüße und kein Problem mit der Lage habe. Wichtig sei ihnen, dass auch Fahrradabstellmöglichkeiten eingerichtet werden und es Zonen für Fahrräder gebe.

Herr Uphaus erklärt, dass er sich gewünscht hätte, wenn man in der Vorlage auch auf andere städtische Gebäude eingegangen wäre. Er möchte an das Josef-Winckler-Zentrum und die Petri-Kirche erinnern, welche vielleicht auch hätten genutzt werden können.

Frau Schauer antwortet Herrn Uphaus, dass das Josef-Winckler-Zentrum mit der Variante 2 gleichzusetzen sei. Die Größe würde dem Ladenlokal von 300 qm entsprechen, wobei klar sei, dass man die komplette Bibliotheksnutzung nicht hätte abbilden können. Man hätte vielleicht die Anmietungskosten gespart, wobei man sich dann in der kulturellen Nutzung des Hauses hätte einschränken müssen. Sie habe mit der VHS-Leitung gesprochen, dass es für die nächsten 2 Jahre schon Veranstaltungsbuchungen für diese Räumlichkeiten gebe. Zur Petri-Kirche erklärt Frau Schauer, dass die Räumlichkeiten gar nicht geeignet seien, da man z. B. die denkmalgeschützte Kirche im Winter nur auf maximal 15 °C heizen könne und man erhebliche Feuchtigkeitsprobleme habe. Weiter können die Mitarbeiterinnen nicht untergebracht werden und man habe zudem auch keine Brandmeldeanlage mit Brandschutzeinrichtungen.

Herr Brunsch erklärt, dass die Mitglieder der FDP der Variante 3 zustimmen werden.

Herr Karl-Heinz Brauer erklärt, dass auch sie der Variante 3 zustimmen werden. Er teilt mit, dass während der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek die Busse im ¼-Stunden-Takt fahren würden und diese somit gut zu erreichen sei.

Frau Wigger erklärt, dass die Variante 3 auch für sie eine sehr gute Lösung sei. Sie gibt einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben und die weiteren Planungen. Sie weist darauf hin, dass die Räumlichkeiten für das Personal zwar sehr eng bemessen seien, die Kolleginnen aber zugesagt haben, diese Situation mit durchzuziehen, da dies nur eine Übergangslösung sei.

Beschluss:

Der Planungs- und Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum beschließt den ehemaligen toom-Baumarkt als Übergangstandort für die Stadtbibliothek zu nutzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Büroflächenentwicklung Rathaus-Zentrum Vorlage: 438/21

Herr Grimberg stellt die Zahlen zu benötigten Flächen/Büros, Beschäftigtenzahlen etc. aus der Vorlage vor. Er weist darauf hin, dass man im Flächenbestand kaum Änderungen vornehmen werde.

Herr Christian Jansen merkt an, dass diese Zahlen schon zur Entwurfsplanung hätten vorgelegt werden müssen. Aus seiner Sicht sei hier eine 1:1-Planung für die Mitarbeiter zum jetzigen Zeitpunkt aufgestellt worden, ohne eine Vision für die Zukunft darzustellen. Aus seiner Sicht müsse durch die Zunahme von Homeoffice, der Digitalisierung und anderer Entwicklungen eine Reduzierung des Verhältnisses Mitarbeiterschaft/-Fläche erreicht werden können.

Herr Grimberg erklärt, dass sich immer wieder die Frage stelle, zu welchem Zeitpunkt man das Thema moderne Arbeitswelt in die Planung mit einbringe. Da das Rathaus in Stahlbetonskelettbauweise errichtet wurde, sei man in der Planung der Räumlichkeiten sehr flexibel. Wände können ohne Schwierigkeiten versetzt werden.

Herr Jansen ergänzt, dass ihnen ein konkretes Zielbild, um auch Effekte für die Raumplanung zu erhalten, fehle, da es Formen des neuen Arbeitens schon lange gebe. Er findet es nicht in Ordnung, dass dies an dieser Stelle nicht schon bedacht wurde.

Herr Doerenkamp erklärt, dass seine Erwartungen an die Vorlage nicht erfüllt worden seien, wobei ihm z. B. Vergleiche zwischen Ist- und Sollzustand fehlen. Weiter sei er enttäuscht über die in der Vorlage getätigte Aussage, dass die Integration der dezentralen Verwaltungsstandorte wie dem City- und Nadorff-Haus nur erfolgen könne, wenn die vollen Potenziale des Homeoffice erschlossen werden können. Herr Doerenkamp weist darauf hin, dass zum Anfang der Maßnahme gesagt wurde, dass alle dezentralen Standorte zurück in das Rathauszentrum geholt werden können. Er bittet, dies zu überarbeiten.

Herr Ortel erklärt, dass er die vorgelegten Zahlen als nachträgliche Untermauerung des Planungsentwurfes ansehe, wobei es ihm bei seiner Anfrage um Veränderungen in Bezug auf Büronutzung und Büroflächen für die ferne Zukunft gehe. Er erklärt, dass er hieraus keine neuen Erkenntnisse ziehen könne.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass er davon ausgehe, dass sich die Mitarbeiterzahl, trotz Digitalisierung, nicht verringern werde. Aus seiner Sicht werden noch mehr Mitarbeiter benötigt, da immer mehr Vorschriften und Rahmenbedingungen bearbeitet werden müssen und auch Personal für die Digitalisierung der Dokumente da sein müsse. Herr Dr. Konietzko sehe, dass Herr Grimberg versucht habe, die Rahmenbedingungen zusammenzubringen, was für ihn eine gute Grundlage für weitere Planungen sei.

Herr Jansen erklärt, dass man das Ganze aus verschiedenen Blickwinkeln angehen könne. Er stellt verschiedene Herangehensweisen vor, stellt aber fest, dass für ihn hier nicht genug in die Zukunft geplant worden sei. Außerdem helfe Digitalisierung, die Arbeit zu reduzieren, auch bei einer wachsenden Stadt. Ihm fehlen hierzu die gesetzte Raumplanung und ein gesetztes Ziel (z. B. Mitarbeitende in Homeoffice) und eine Zielquote. Dieser Schritt hätte vor einem Jahr stattfinden müssen.

Herr Uphaus bezieht sich auf einen Passus in der Vorlage, wo es um die Reduzierung der Sprechzeiten für die Bürger und Bürgerinnen gehe. Er weist darauf hin, dass es nicht das Ziel der Ratsmitglieder sein könne, die Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe zurückzufahren.

Herr Grimberg erklärt, dass man in Zukunft versuchen werde, Publikum über Terminvereinbarungen zu steuern, da man ansonsten nicht flächendeckend mit Homeoffice arbeiten könne. Dies sei die Zukunftsplanung, die von Herrn Grimberg in der Vorlage nicht abgebildet werden konnte, da man in der Planung noch nicht so weit sei. Man würde die Bearbeitungs- und Kommunikationsebene voneinander auch räumlich trennen und Bürgerbegehren, die nicht über Termine geregelt werden, über ein Frontoffice abfedern. Man müsse verschiedene Phasen erst einmal durchlaufen, um Akzeptanz bei den Bürgern und Bürgerinnen sowie, bei den Beschäftigten zu erreichen. Weiter müsse aber auch der Rahmen der Technik entsprechend vorangeschritten sein. Dies sei der Grund gewesen, warum diese Planung noch nicht abgebildet werden konnte.

Frau Schauer erklärt zur Kritik von Herrn Doerenkamp, dass man alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem City- und Nadorffhaus wieder im Rathaus integrieren könne. Seit der ersten Aussagen dazu vor 1,5 Jahren seien weitere Mitarbeitende dazugekommen, diesen Überhang kann man dank der neuen Möglichkeiten über Homeoffice und Desksharing ebenfalls im Rathaus integrieren. Es sei somit keine Fehlaussage getroffen worden.

Beschluss:

Der Planungs- und Baubegleitende Ausschuss Rathaus-Zentrum nimmt die Ausführung zur Büroflächenentwicklung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**10. Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme B5 - Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung des Rathauszentrums einschließlich neuem Multifunktionssaal und Stadtbibliothek (5942-005)
Vorstellung des aktuellen Kostenstandes
Vorlage: 433/21**

Frau Ischner vom Büro AGN stellt den aktuellen Kostenstand vor. Sie erklärt, dass man den am 30.06.21 beschlossenen Kostenrahmen einhalten werde. Man sei aktuell von der Leistungsphase 3 in die Genehmigungsplanung eingestiegen, so dass man die Planung, die am 30.06.21 beschlossen wurden, für den Bauantrag zusammenstellen werde. Frau Ischner erklärt, dass man im Rahmen der Ausführungsplanung Kostenverschiebungen gehabt habe, die aber keine Kostenänderungen nach sich ziehen werden und somit nicht zu berichten seien.

Frau Schauer erklärt, dass der Bereich der Baukostensteigerung und Unvorhersehbares noch unklar sei, da man eine Entwicklung nicht vorhersehen könne.

Frau Ischner erklärt, dass man die Werte der Baupreissteigerungen vom Statistischen Bundesamt nehme, die quartalsweise angepasst werden. Da es immer wieder sehr große Schwankungen gegeben habe, habe man beschlossen, den Durchschnittswert der letzten 3 Jahre zugrunde zu legen. Eine 100 %-ige Sicherheit werde man nicht bekommen.

Herr Jansen möchte noch einmal darauf hinweisen, dass man im Auftrag der Bürger und Bürgerinnen handle, Steuergelder verwende und somit auch eine Ehrlichkeit in der Planung haben möchte.

Herr Schürmann weist darauf hin, dass es in verschiedenen Bereichen wie z. B. Aluminium, Glas, Beschläge in 5 Monaten immer wieder Preissteigerungen zwischen 8-16% gegeben habe.

Herr Uphaus möchte wissen, ob die Kostenveränderungen in Bezug auf die Stadtbibliothek hier schon berücksichtigt wurden. Er bittet Kostenberechnungen von einer Sitzung zur Anderen gegenüberzustellen und dann weiter fortzuführen.

Frau Ischner erklärt, dass die aktuellen Kosten für die Stadtbibliothek berücksichtigt worden seien.

Frau Schauer weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Zahlen transparent dargestellt worden seien. Auch wisse niemand, wo es mit der Marktentwicklung hingehe. Sie weist darauf hin, dass man zugesagt habe, immer transparent mit Änderungen umzugehen. Dies habe sie in der letzten Sitzung schon gesagt, möchte es hier aber noch einmal ausdrücklich wiederholen. Wenn man dann im Rahmen der Ausführungsplanung bzw. der Ausschreibungen feststellen würde, dass aus irgendeinem Grund Mehrkosten entstünden, müsse man dies hier im Ausschuss besprechen und dann entsprechend reagieren.

Herr Ortel möchte an dieser Stelle ein Missverständnis auflösen und zwar, dass auch die Mitglieder, die damals mit „Nein“ gegen die Maßnahme gestimmt haben, niemals die Notwendigkeit dieser Maßnahme angezweifelt haben. Man sei sich uneins gewesen, ob die Planung und die Planungsschritte richtig gewichtet worden seien. Es sei allen klar, dass man sich hier in einem Bereich vielfältiger Unwägbarkeiten befinde.

Herr Hachmann weist darauf hin, dass die Verwaltung den Auftrag gehabt habe, diese 65 Mio. Euro Deckelung zu erreichen, was sie auch getan habe. Somit konnte kein anderes Ergebnis herauskommen, da der Auftrag ganz konkret war.

Herr Beckmann erklärt, dass als Begründung immer die Notwendigkeit der Kosten im Vordergrund stehen würde. Dies habe man bei der Begehung des Rathauszentrums z. B. gerade bei der „antiquarischen“ Kältemaschine gesehen. Für ihn sei die Diskussion, gerade in Bezug auf die Kosten, viel zu früh. Erst wenn die Ausschreibungsergebnisse vorliegen, werde man hierüber diskutieren müssen.

Frau Schauer ist es wichtig noch einmal klarzustellen, dass man nicht über jede einzelne Ausschreibung berichten werde. Man werde über den Sachstand der Ausschreibung berichten und bei größeren Abweichungen das Ergebnis darstellen und auch besprechen. Frau Schauer möchte noch einmal darauf hinweisen, dass man für die Deckelung so lange Maßnahmen geändert und gestrichen habe, bis der Betrag gepasst habe. Zum Abschluss weist Frau Schauer darauf hin, dass der zugesagte 1. Förderbescheid von Frau Feller an Herrn Krümpel übergeben worden sei und man für den 2. Förderabschnitt den Antrag auf vorzeitigem Maßnahmenbeginn gestellt habe.

Beschluss:

Der Planungs- u. Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum nimmt den aktuellen Stand der Kostenberechnung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

11. **Umsetzung Rahmenplan Innenstadt - Maßnahme B5 - Funktionserweiterung, Neustrukturierung und Modernisierung des Rathauszentrums einschließlich neuem Multifunktionssaal und Stadtbibliothek (5942-005)**
Projekt- und Bauzeitenplan Übersicht
Vorlage: 432/21

Frau Ischner erklärt, dass der Stand des Bauzeitenplanes vom 30.06.2021 keine Veränderung aufweist. Sie erklärt die neue Darstellung des Bauzeitenplanes und fasst kurz den Stand zum Abbruch des Gebäudes Hertie zusammen, welcher schon in der Vorlage dargestellt wurde.

Beschluss:

Der Planungs- u. Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum nimmt die Vorstellung des Projektplans und des Bauzeitenplans zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

12. **Unser Rheine 2030 - Detailberatung in den Fachausschüssen**
Vorlage: 407/21

Beschluss:

Der Planungs- und Baubegleitende Ausschuss Rathauszentrum nimmt das Strategiepapier Unser Rheine 2030 – mit den in der Sitzung beschlossenen Änderungen - zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

13. **Anfragen und Anregungen**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung:

19:37 Uhr

Dr. Manfred Konietzko
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin